

Stand: 18.03.2026 22:40:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/13960

"Ein Jahr nach dem Attentat in Hanau - dem Rechtsextremismus als größter Gefahr für die Innere Sicherheit begegnen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/13960 vom 24.02.2021
2. Beschluss des Plenums 18/14102 vom 24.02.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 73 vom 24.02.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ein Jahr nach dem Attentat in Hanau – dem Rechtsextremismus als größter Gefahr für die Innere Sicherheit begegnen

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts einer deutlichen Zunahme rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in den vergangenen Jahren, dem Trend zu einer zunehmenden Bewaffnung der rechtsextremen Szene sowie der Bedrohungslage durch rechtsextreme, rassistische und antisemitische Terroranschläge wird die Staatsregierung aufgefordert, der akuten Gefährdung der Inneren Sicherheit mit einem umfassenden Handlungsprogramm zu begegnen.

Hierzu gehören insbesondere folgende Maßnahmen und Schritte:

- eine grundsätzliche Neubewertung des Gefährdungspotenzials durch rechtsextreme Gewalt und rechten Terrorismus durch Staatsregierung,
- eine Überprüfung und Korrektur der Zahl der registrierten rechtsextremen „Gefährder“ und „relevanten Personen“ durch die Sicherheitsbehörden,
- ein neues und einheitliches System zur Risikobewertung in Bezug auf rechtsextreme Gewalttäter und die systematische Überprüfung bestehender Verdachtsfälle,
- Ausbau der analytischen und personellen Kompetenzen der Sicherheitsbehörden für ein wirksames Monitoring und operative Ermittlungen im Internet,
- die Fahndung nach den 92 mit Haftbefehl gesuchten Rechtsextremisten aus Bayern, die untergetaucht sind, muss deutlich intensiviert werden,
- eine Erhöhung des Ermittlungsdrucks bei rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Straf- und Gewalttaten,
- ein konsequentes Vorgehen gegen Hatespeech und Bedrohungen gegenüber politischen Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern,
- die Prüfung von Verbotsoptionen gegenüber militanten rechtsextremen Organisationen wie der Partei „Der Dritte Weg“ und der Skinheadgruppierung „Voice of Anger“,
- die konsequente Verhinderung aller Aktivitäten und sog. Streifengänge von rechtsextremen und rassistischen Bürgerwehren wie „Wodans Erben Germanien“ oder „Viking Security Germania“ sowie die Prüfung eines Vereinsverbotes gegenüber diesen Gruppierungen,
- die umfassende Entwaffnung der gesamten rechtsextremen Szene und des „Reichsbürger-Milieus“,
- weitere Verschärfungen des Waffenrechts, um den legalen Zugang zu tödlichen Schusswaffen und den Erwerb von Munition soweit wie möglich einzuschränken,

- eine bayernweite Bestandsaufnahme und Analyse zur Entwicklung von rechtsextremen und rassistischen Gewalttaten und Übergriffen im Freistaat bei einer unabhängigen Forschungseinrichtung oder einem fachlich qualifizierten Institut,
- die zivilgesellschaftlichen Anlaufstellen und Beratungsangebote für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt werden konsequent ausgebaut und ein flächendeckendes Angebot für betroffene Personen gewährleistet,
- die Einrichtung einer Recherche- und Monitoringstelle Rechtsextremismus und Rassismus in Bayern.

Begründung:

Der Rechtsextremismus stellt gegenwärtig die größte Gefahr für die Innere Sicherheit in Deutschland und in Bayern dar. Das musste auch Innenminister Joachim Herrmann bei der Präsentation des aktuellen Verfassungsschutzberichtes einräumen. Wir beobachten in den letzten Jahren eine alarmierende Zunahme rechtsextremer Hetze und gewalttätiger Angriffe bis hin zu Mordanschlägen. Die Angriffe richten sich vor allem gegen Menschen mit Migrationshintergrund, Jüdinnen und Juden sowie Politikerinnen und Politiker und Repräsentantinnen bzw. Repräsentanten des Staates. Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der antisemitische Anschlag und versuchte Massenmord an den Besucherinnen und Besuchern der Synagoge in Halle sowie der rassistische Mord an neun Besucherinnen und Besucher von Shisha-Bars in Hanau sind der traurige Höhepunkt dieser Entwicklung.

Die Anschläge in Halle und Hanau stehen auch für die Gefährdung durch einen neuen Tätertypus, der sich im Wesentlichen im Internet radikalisiert und organisiert. Die rechtsextreme Szene hat sich in den vergangenen Jahren noch einmal erheblich radikalisiert und der Kreis der Personen, denen auch schwerste Terroranschläge zugetraut werden müssen, hat sich durch eine Umstrukturierung der Szene deutlich vergrößert. Den Sicherheitsbehörden fällt es schwer, auf diese neuen Entwicklungen und Herausforderungen zu reagieren und potenzielle Gewalttäter und Attentäter rechtzeitig zu identifizieren.

Auch in Bayern muss jederzeit mit schweren terroristischen Anschlägen gerechnet werden. Dies haben im vergangenen Jahr die Zerschlagung der Terrorgruppe um den Augsburger [REDACTED] und die Bürgerwehr „Wodans Erben Germanien“, die Verhaftung des Anführers der deutschen Sektion der internationalen Terrororganisation „Feuerkrieg Division“ im oberpfälzischen Cham, die Verhaftung einer fränkischen Aktivistin der Neonazipartei „Der Dritte Weg“ wegen der Vorbereitung von Anschlägen gegen Polizisten und Politiker sowie die Verhaftung eines ehemaligen Mitglieds der AfD als Kopf eines internationalen Waffenhändlerrings, der Kriegswaffen in die rechtsextreme Szene geschmuggelt hat, mehr als deutlich bewiesen.

Niemand von den verhafteten Personen hatten die Sicherheitsbehörden vorher als potenziellen „Gefährder“ auf dem Schirm. In Bayern werden vom Verfassungsschutz bisher nur drei Personen als „rechtsextreme Gefährder“ und 17 Personen als potenzielle Unterstützer geführt. Das ist angesichts der tatsächlichen Gefährdung eine grandiose Verharmlosung.

In Bayern können sich immer noch 92 mit Haftbefehl gesuchte Neonazis ihrer Verhaftung durch Untertauchen entziehen. Unter den Gesuchten befinden sich etliche schwere Gewalttäter. Jeder fünfte offene Haftbefehl betrifft ein Gewaltdelikt. Spätestens seit der Aufklärung der Mordserie des NSU wissen wir, welche Gefahren von untergetauchten Neonazis ausgehen können.

Gewalttätige rechtsextreme Gruppierungen müssen konsequent verboten werden. Das im Januar 2020 von Bundesinnenminister Horst Seehofer verhängte Verbot von „Combat 18“ kam viel zu spät. „Combat 18“ bezeichnet sich selbst als der bewaffnete Arm von „Blood & Honour“, einem internationalen Zusammenschluss militanter Skinheads, der in Deutschland bereits im Jahr 2000 verboten wurde. Es ist völlig unerklärlich, warum „Combat 18“ danach noch 20 Jahre legal existieren konnte.

Auch rechtsextreme Bürgerwehren zeichnen sich durch eine hohe Gewaltbereitschaft und eine Vorliebe für Waffen jeglicher Art aus. Sie orientieren sich in ihrem Auftreten und ihren Strukturen an kriminellen Rockerbanden. Der Terrorgruppe um den Augsburger [REDACTED] dienten die rechten Bürgerwehren „Wodans Erben Germanien“ und „Viking Security Germania“ als Rekrutierungsbasis. Ihre sog. Streifengänge stellen das staatliche Gewaltmonopol in Frage und dienen der Einschüchterung von Migrantinnen und Migranten und politischen Gegnern.

Nachdem die Zahl der Rechtsextremisten mit einer Waffenerlaubnis in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist, ist sie im Jahr 2019 erstmals aufgrund von Gesetzesverschärfungen und eines erhöhten politischen Drucks wieder gesunken. Trotzdem hatten Ende 2019 immer noch 89 behördlich bekannte Rechtsextremisten eine Waffenerlaubnis. Der Attentäter von Hanau war im Besitz einer Waffenerlaubnis und konnte in einem Münchener Schützenverein mit scharfen Waffen trainieren. Wir fordern deshalb weiterhin die konsequente Entwaffnung der rechtsextremen Szene und des Milieus der sog. Reichsbürger.

Viele rechtsextreme und rassistische Straf- und Gewalttaten werden überhaupt nicht angezeigt und tauchen deshalb in der Statistik der Politisch motivierten Kriminalität-rechts überhaupt nicht auf. Alle einschlägigen Fach- und Beratungsstellen gehen von einer erheblichen Dunkelziffer in diesem Bereich aus. Zur Aufklärung des Dunkelfeldes brauchen wir deshalb eine bayernweite empirische Bestandsaufnahme der Entwicklung von rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Straf- und Gewalttaten.

Um Übergriffe auch unterhalb der Ebene der Strafbarkeit systematisch erfassen und dokumentieren zu können, fordern wir die Einrichtung einer „Recherche- und Monitoringstelle Rechtsextremismus und Rassismus“ in Bayern. Die positiven Erfahrungen mit der „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ (RIAS) zeigen, dass sich die Einrichtung einer solchen Stelle unbedingt lohnt.

Bisher gibt es kein bayernweites Beratungsangebot für die Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Straf- und Gewalttaten. Die Opferberatungsstelle B.U.D. hat nicht die personelle Ausstattung, um tatsächlich ein flächendeckendes Angebot in ganz Bayern gewährleisten zu können. Die überwiegend kommunal finanzierte Beratungsstelle Before ist nur für München und das Münchener Umland zuständig. Es besteht also ein erheblicher Ausbaubedarf im Bereich der zivilgesellschaftlichen Anlauf- und Beratungsstellen, um tatsächlich allen Opfern ein fachlich qualifiziertes Hilfsangebot machen zu können.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/13960

Ein Jahr nach dem Attentat in Hanau – dem Rechtsextremismus als größter Gefahr für die Innere Sicherheit begegnen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Florian Ritter

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Uli Henkel

Abg. Cemal Bozoğlu

Abg. Manfred Ländner

Abg. Christoph Maier

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Julika Sandt

Staatssekretär Gerhard Eck

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian Ritter, Stefan Schuster u. a. und Fraktion (SPD)

Rassismus und Rechtsextremismus die Rote Karte zeigen! (Drs. 18/13932)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Jahr nach dem Attentat in Hanau - dem Rechtsextremismus als größter Gefahr für die Innere Sicherheit begegnen (Drs. 18/13960)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Florian Ritter von der SPD-Fraktion das Wort.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Rechtsextremismus ist *die* zentrale Bedrohung für unsere Gesellschaft. Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, die Unterteilung von Menschen in "mehr wert" und "weniger wert", das Absprechen der grundlegenden Menschenrechte gegenüber einzelnen Gruppen – das ist gesellschafts- und demokratiezersetzend. Das untergräbt unser Zusammenleben, unsere Werte und unsere demokratische Verfassung.

Rechtsextremismus mordet: Am letzten Freitag jährte sich der Mordanschlag von Hanau. Zehn Menschen wurden von einem Rechtsextremisten ermordet, weitere zum Teil schwer verletzt.

Kolleginnen und Kollegen, dieser Terroranschlag war weder der Anfangs- noch der Endpunkt rechtsextremer Morde. Gerade wir in Bayern wissen das nur zu gut. Eine Recherche der "ZEIT" zählte vor drei Jahren 187 Tote durch rechtsextreme Gewalt seit der Wiedervereinigung. Mittlerweile sind es 208 Menschen, deren Leben durch

Rechtsextremisten ausgelöscht wurde. Rechtsextremismus bedroht Sicherheit, Gesundheit und Leben. Allein im letzten Jahr hat es in Bayern über 2.300 rechtsextreme Straftaten gegeben, 200 mehr als im Vorjahr.

Rechtsextreme bedrohen Menschen, die sich in unserer Gesellschaft offen für die Demokratie und ihre Werte einsetzen, aber auch all jene, die nicht in ihr ideologisches Weltbild passen: Jüdinnen und Juden, Menschen mit Migrationshintergrund, queere Menschen, Obdachlose. Körperverletzung, Bedrohungen, Beleidigung, Aufbau einer Drohkulisse durch Volksverhetzung und Propagandadelikte: All das nimmt seit Jahren zu.

Wir wissen es, und wir sehen es seit Jahren: Immer wieder wird versucht, rechtsextreme Positionen und Erklärungsmuster in der Bevölkerung anschlussfähig zu machen. Das sehen wir bei den Debatten um Flucht und Vertreibung, das sehen wir bei den Debatten um Corona, und das sehen wir bei der Propaganda der AfD.

Dem müssen wir stärker denn je entgegentreten. Wir sind wehrhaft, und wir müssen das zeigen. Insbesondere müssen wir die Betroffenen rechter Übergriffe und Bedrohungen unterstützen. Denn was uns tatsächlich aufs Höchste alarmieren muss, sind Diskussionen, wie wir sie nach dem Anschlag von Halle hatten: In Teilen der jüdischen Bevölkerung wurde diskutiert, ob Deutschland noch ein sicheres Land für sie sei. Was uns ebenso aufs Höchste alarmieren muss, sind vergleichbare Diskussionen bei den Sinti und Roma in Deutschland oder bei Menschen mit Migrationshintergrund nach dem Anschlag in Hanau.

Wir gestehen zu, dass auch in Bayern in den letzten Jahren einiges getan wurde. Aber wir müssen immer wieder prüfen, ob das, was wir tun, wirksam und ausreichend ist. Wir müssen rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen. Wir müssen die Prävention stärken, und wir müssen die Zivilgesellschaft stärken und die Betroffenen unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Das sind die dringenden Aufgaben. Dazu braucht es immer einen Blick auf bessere Strukturen. In Bayern gab es in den letzten Jahren durchaus einen Stellenaufwuchs bei der Polizei im Bereich der Internetkriminalität. Allerdings muss man ehrlicherweise auch dazusagen, dass da auch nachgearbeitet werden musste. Dort ist lange nichts passiert. In den letzten Jahren hat man nachgezogen. Trotzdem muss in diesem Bereich verstärkt werden; denn gerade hier entstehen die neuen rechtsextremen Netzwerke, die sich unabhängig von Gruppen, Organisationen und klassischen Vereinen organisieren.

Wir müssen die Beratungs- und die Hilfsangebote für die Betroffenen ausbauen, und wir brauchen eine Landesstiftung zur Unterstützung von Opfern von rassistischer und rechtsextremer Gewalt.

(Beifall bei der SPD)

Diese Landesstiftung ist unseres Erachtens dringend notwendig, weil wir ja sehen, dass viele Menschen Opfer werden und die Belange dieser Menschen tatsächlich nicht durch die klassischen Hilfsangebote abgedeckt und aufgefangen werden können. Von daher wäre gerade diese Landesstiftung ein ganz entscheidender Schritt bei der Unterstützung der Opfer.

Wir bitten Sie um die Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Ritter, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Uli Henkel von der AfD. Bitte.

Uli Henkel (AfD): Herr Ritter, der bayerische Verfassungsschutz weist in seinem letzten Jahresbericht unglaubliche 2.570 Rechtsextremisten, aber noch unglaublichere 3.600 Linksextremisten aus. Laut einer Anfrage meines Kollegen Bergmüller gab es

bei linksextremen Straftaten in Bayern zwischen 2009 und 2019 sogar einen Anstieg um 121 %.

Zunächst einmal ist aus meiner Sicht wirklich jede Form des Extremismus nicht hinnehmbar und sollte, ja muss in einer wehrhaften Demokratie unbedingt auch bekämpft werden. Aber allein 13 Vereine und Organisationen haben sich in Bayern mit Steuermitteln dem Kampf gegen Rechts verschrieben. Der Bekämpfung des religiösen Extremismus widmen sich immerhin drei Organisationen in Bayern, und sage und schreibe ein einziger Verein beschäftigt sich auch mit dem Linksextremismus.

Da frage ich Sie: Sind Sie auf dem linken Auge wirklich so blind, oder warum fokussieren Sie sich trotz dieser unbestreitbaren Faktenlage so einseitig und ausschließlich auf den Kampf gegen Rechts statt auf den Kampf gegen jeden Extremismus? Wollen Sie möglicherweise einen Teil Ihrer Wählerklientel schützen, wie ein Kollege das vorhin schon vermutet hat? Ich denke wirklich, wenn Sie 13 Vereine –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Uli Henkel (AfD): –, drei Vereine und einen Verein sehen, dann wären Sie jetzt schon in der Pflicht, auch zu beantworten, warum Sie sich bei dieser Faktenlage –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter!

Uli Henkel (AfD): – trotzdem auf eine Seite konzentrieren.

Florian Ritter (SPD): Der Kampf gegen Extremismus ist kein Zahlenspiel. Linksextremistische Gewalttäter gibt es. Sie werden auch vom Verfassungsschutz benannt. Das ist allerdings eine isolierte Gruppe. Die Tendenzen, die wir hier haben, dass versucht wird, diese Ideologie in die Bevölkerung zu tragen und in der Bevölkerung zu verankern, gibt es in dem Ausmaß tatsächlich nur beim Rechtsextremismus. Wenn Sie, Herr Kollege, tatsächlich gegen Extremismus jeder Art sind, warum sind Sie dann Mitglied bei der AfD?

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Cemal Bozoglu von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Am 19. Februar jährte sich der rassistische Anschlag im hessischen Hanau. Vor fast genau einem Jahr starben neun Menschen, deren einzige Schuld ihr Aussehen war. Wenige Tage vor seiner abscheulichen Tat hat sich der Täter noch die Rede von einem gewissen Höcke am heimischen PC angehört. Vor der Tat hat die AfD in ihren Veröffentlichungen Shisha-Bars immer wieder pauschal als Orte der Kriminalität, der Vergewaltigung und der Drohung dargestellt. Mit Erfolg wurde ein Feindbild konstruiert.

Wenige Stunden nach Hanau postet der Stadtverband der AfD in Augsburg auf Facebook zum Attentat folgende Worte: Deutschland entwickelt sich zum Multikulti-Drecksloch. – Das muss man sich mal vorstellen: Es sterben Menschen mit Migrationsgeschichte, und die AfD findet keine Silbe in Richtung Beileid oder Trauer – stattdessen nur Hetze.

Der Täter von Hanau hatte einen Waffenschein und in München im Schützenverein trainiert. Erst im Februar 2020 kam es in unserem Bundesland zu empfindlichen Verhaftungen unter der rechtsterroristischen Gruppe "Der harte Kern", die gezielt Anschläge gegen Politiker und Moscheen geplant hatte.

Im oberpfälzischen Cham wurde der Anführer der Terrororganisation "Feuerkrieg Division" in Deutschland verhaftet. Zuletzt wurde in Franken eine Aktivistin der rechtsextremistischen Partei DER III. WEG ebenfalls wegen der Vorbereitung von Anschlägen gegen Polizisten und Politiker verhaftet. Besonders brisant ist in diesem Zusammenhang, dass sie auch direkte Kontakte zu verurteilten Unterstützern des NSU hatte.

Ein AfD-Mitglied aus München hat in einem internationalen Waffenhändlerring operiert und mindestens 16 Rechtsextremisten mit Waffen versorgt. Eine Empfängerin von Kriegswaffen ist Mitarbeiterin des ehemaligen Landeschefs und jetzigen Bundestagsabgeordneten der AfD Petr Bystron.

(Zuruf)

Die Erlöse aus den illegalen Waffengeschäften sollten offenbar dem Aufbau einer patriotischen Alternative innerhalb der AfD dienen. Die AfD versucht nun, sich mit der Annullierung der Mitgliedschaft des Kopfs des Waffenhändlerrings,

(Zuruf)

aus der Affäre zu stehlen. Bilder zum Beispiel einer Veranstaltung in Deggendorf zeigen den Waffenhändler Alexander R. im freundschaftlichen Austausch mit Höcke, keine drei Meter weit davon entfernt Herr Bystron. Das Bild ist bei mir; wer es sehen will, kann es sehen.

Wir wissen nur zu genau, dass Rechtsextremismus auch in Bayern die größte Gefahr für die innere Sicherheit ist; Innenminister Herrmann bestätigt das bekanntlich auch. Diesem Wissen muss aber auch Handeln folgen. Dieses Wissen verpflichtet uns zum entschlossenen Handeln, das wir vermissen.

Jedes Mal, wenn wir nach solchen Anschlägen von Einzelfällen oder Einzeltätern reden, ist das eine Ohrfeige ins Gesicht der Opfer und eine komplette Verharmlosung der Sachlage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schluss mit der Einzeltäteritis. Erschreckend ist doch, dass in Bayern lediglich drei Personen als rechtsextreme Gefährder eingestuft sind. Wie kann es sein, dass unsere Sicherheitsbehörden keine der genannten Personen vorher als potenzielle Gefährder auf dem Schirm hatten?

(Zuruf)

Sie müssen Szenen besser beobachten und Strukturen zerschlagen, bevor es zu spät ist. Warum ist etwa eine militante rechtsextreme Organisation wie die Partei DER III. WEG noch nicht verboten? Warum kann die Skinheadgruppe "Voice of Anger" weiter frei agieren? Wann intensivieren Sie endlich die Fahndung nach den 92 mit Haftbefehl gesuchten Rechtsextremisten aus Bayern? Warum wird im Gegensatz zu vier anderen Bundesländern die AfD bei uns nicht durch den Verfassungsschutz beobachtet?

Die Staatsregierung muss sofort handeln, damit sich Hanau, Halle, Kassel und das OEZ-Attentat nicht wiederholen. Wir GRÜNEN werden dem Antrag der SPD zustimmen. Wir bitten Sie, auch unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Manfred Ländner von der CSU-Fraktion auf.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Kampf gegen Extremismus, der Kampf gegen Rassismus ist eine der Hauptaufgaben einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft, eine der Hauptaufgaben von Legislative, Exekutive und Judikative. Extremismus zu bekämpfen gehört zur DNA eines jeden freiheitlichen demokratischen Parlaments. Wenn Sie heute durch Ihre Anträge sogar ein Bekenntnis eines Zwischenredners der AfD zum Kampf gegen Extremismus erreicht haben, haben wir doch schon viel erreicht.

Ich darf Ihnen sagen: Wir bekämpfen Rechtsextremismus, Extremismus und Rassismus ressortübergreifend, präventiv und repressiv. Bestehende Konzepte werden stetig auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und bedarfsorientiert angepasst. Spezialisten der polizeilichen Staatsschutzkommissariate bearbeiten mit hoher Kompetenz Delikte der politisch motivierten Kriminalität von rechts und von links. Unterstützt werden diese Beamtinnen und Beamten durch Kommissariate für Cybercrime. Die operative Aus-

wertung der rechtsextremen Musik- und Kampfsportszene wurde verstärkt und noch viele Dinge mehr.

Das Sozialministerium fördert die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus. Dazu gehört die Beratung für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt durch den Verein B.U.D. e. V. Dieses und anderes ist nachzulesen in einem Bericht, den das Innenministerium aufgrund eines Landtagsbeschlusses vom 17. Juni 2020 verfasst hat und der mit Schreiben vom 7. September 2020 an den Landtag gegangen ist. Ich darf Ihnen diesen Bericht empfehlen. Die Drucksachennummer ist 18/8471.

Die heutigen Anträge dienen meines Erachtens nicht dazu, verstärkt vorzugehen, weil der Bericht vieles sagt und nach wie vor aktuell ist. Wenn sie dazu dienen, das Gedenken an die Opfer und den Kampf gegen Extremismus wieder einmal im Parlament zu diskutieren, kann ich diesen Anträgen durchaus Sympathie entgegenbringen. Wir werden ihnen aber aufgrund der geschilderten Lage, die durch den Bericht vom September letzten Jahres ausgedrückt wurde, nicht zustimmen.

Der Forderung, die schon sehr oft gestellt worden ist – ich weiß gar nicht, wie oft ich und andere Kollegen dazu schon im Innenausschuss gesprochen haben –, eine eigene Landesstiftung zur Unterstützung von Opfern rassistischer und rechtsextremer Gewalt einzurichten, werden wir nach wie vor nicht nachkommen. Opfer einer Straftat zu werden, ist immer schrecklich. Dabei ist es unerheblich, durch welche Motivation der Straftäter zu seiner Straftat gedrängt wurde. Wir wollen in Bayern keine Opfer erster und zweiter Ordnung; daher lehnen wir diese Forderung und diese Anträge ab.

Ich darf vielleicht Frau Kollegin Sengl zitieren, die bei einem früheren Antrag gesagt hat – ich selbst hätte das nicht gesagt, aber als Zitat ist es vielleicht zulässig, nicht auf Bairisch, sondern auf gut Fränkisch –: I wess gao net, warum ihr die Andräg überhaupt g'stellt habt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Ländner. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Henkel. Bitte schön, Herr Henkel.

Uli Henkel (AfD): Geschätzter Kollege Ländner, schon jetzt erleben wir bundesweit immer mehr Angriffe auf Mitglieder und Repräsentanten deutscher Parteien. Allein die AfD und ihre Repräsentanten wurden im vergangenen Jahr 694-mal Ziel von Attacken, was die Hälfte aller Übergriffe gegen Politiker und Parteien dargestellt hat.

(Zuruf)

Sie haben vorhin und auch jetzt gerade wieder eine aus meiner Sicht wirklich bemerkenswerte Rede gehalten. Deshalb frage ich Sie wirklich kollegial und ganz offen, weil mir das echt gut gefallen hat: Meinen Sie wirklich, dass es einer Demokratie guttut, wenn alle Kraft so einseitig eingesetzt wird, wie dies in den heutigen Anträgen gefordert wird? Ist es doch den Opfern völlig egal, aus welchen Motiven ein Extremist gehandelt und sie vielleicht verletzt hat. Ich wäre Ihnen wirklich sehr dankbar, Herr Kollege Ländner, wenn Sie dazu noch ein Schlusswort sagen.

(Beifall bei der AfD)

Manfred Ländner (CSU): Unser Bestreben gilt dem Kampf gegen Extremismus jeglicher Art. Ich habe aber durchaus Verständnis für die Anträge der Kolleginnen und Kollegen, die das schreckliche Attentat von Hanau zum Anlass nehmen, hier nochmals an diese Geschichten zu erinnern.

(Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Christoph Maier von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Von der Bundesregierung ist im Haushaltsjahr 2021 der unglaubliche Betrag von einer Milliarde Euro für den Kampf gegen Rechtsextremismus eingeplant. Mit den vorliegenden Anträgen wollen die SPD und die GRÜNEN nun noch mehr Geld für die sogenannte Zivilgesellschaft und für ihre Vereine und Verbände, die sich sozusagen gegen Rassismus einsetzen, wobei Sie festlegen, welche Vereine und Verbände das sind.

Die Alternative für Deutschland und alternative Medien haben schon vor Jahren aufgedeckt, wohin diese unglaublichen Summen in Wahrheit fließen. Das Geld kommt nicht etwa den Opfern von politischer Gewalt zugute, wie hier suggeriert wird, sondern es fließt primär in Förderprogramme von Multikulti-Lobbyisten, an die islamistischen DITIB-Moscheen und vor allem an linksextreme Strukturen wie die terroristische Antifa.

(Beifall bei der AfD)

Ein jüngstes Beispiel stammt aus meiner Heimat, dem Allgäu. Am Samstag, dem 13. Februar 2021, versammelten sich friedlich mehrere Hundert "Querdenker" in Kaufbeuren unter dem Motto: "Demo für Friede, Wahrheit und Demokratie".

Eine Gegenkundgebung, initiiert von SPD-Stadtrat Martin Valdés-Stauber, den Jusos Kaufbeuren und dem staatlichen Stadtjugendring, fand gemeinsam mit Gegendemonstranten der Antifa statt. Herr Abgeordneter Ritter, die SPD ist damit Teil des von Ihnen bezeichneten linksextremen Spektrums, das beobachtet gehört;

(Beifall bei der AfD)

denn bei dieser Veranstaltung wurde auch eine rote Fahne der Organisation "Links im Allgäu" geschwenkt, und "Links im Allgäu" bezeichnet sich auf seiner Internetseite ganz offen als linksradikale Alternative.

Das ist kein Einzelfall, sehr geehrte Damen und Herren. Der Verfassungsschutz durchleuchtete mindestens 51 Projekte und Initiativen des Programms "Demokratie leben!

Aktiv gegen Rechtsextremismus" und stellte fest, dass diese im Verdacht stehen, extremistisch zu sein.

Dass diese staatlich geförderten Antifa-Organisationen nicht vor Gewalt gegen Menschen zurückschrecken, wurde uns vor wenigen Tagen noch einmal deutlich vor Augen geführt. Am vergangenen Samstag, dem 20. Februar 2021, griffen 15 bis 20 Antifa-Terroristen einen AfD-Infostand im baden-württembergischen Schorndorf an. Sie schlugen den AfD-Landtagskandidaten Stephan Schwarz mit Fäusten und Stöcken zu Boden und rissen ihm sein Mobiltelefon aus der Hand, als er am Boden liegend den Notruf wählen wollte. Wie schäbig ist dieses Verhalten, sehr geehrte Damen und Herren?

(Zuruf: Hoi!)

Wie kann man sich da nur dahinterstellen und sagen: Diese Menschen sollen Geld vom Staat bekommen? – Sie sollten sich schämen, solche Anträge in diesem Haus zu stellen.

(Beifall bei der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren der sogenannten bürgerlichen und konservativen Parteien, Sie sollten sich auch schämen. Sie haben mit Ihrer Wortwahl und mit Ihrer Hetze gegen die AfD dieses Klima erzeugt, das jetzt auch vor den Bundestagswahlen dazu führt,

(Zuruf: Oh, oh, oh!)

dass sich solche Leute wie Antifa-Aktivisten

(Zurufe)

bestärkt sehen, hier eine gute Tat zu verrichten.

(Unruhe)

Sie sollten sich dafür schämen,

(Anhaltende Unruhe)

und Sie sollten sich dafür bei uns in aller Form entschuldigen!

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Sie fordern nun in dreister Weise in Ihrem Antrag auch noch, diese linksradikalen Organisationen finanziell zu unterstützen, sehr geehrte Damen und Herren. Sie verschweigen allerdings Folgendes: Es gibt auch einen Rassismus gegen Deutsche, gegen die deutsche Bevölkerung.

(Zuruf: Ja, von der AfD! – Weitere Zurufe)

In Lindau beleidigte eine Afrikanerin einen Nachbarn und einen Vermieter mit den Worten "Ihr scheiß Weiße". Diese Tat – ich habe das bei der Staatsregierung nachgefragt, und sie hat mir dankenswerterweise geantwortet – wurde dann als "politisch motivierte Straftat rechts" eingeordnet. Auf solche Statistiken wollen Sie Ihre Forderung nach mehr Kampf gegen Rechts stützen? Das ist selbstverständlich nicht seriös.

Sie benutzen das Geld im Kampf gegen Rechts hauptsächlich zur Bekämpfung der Alternative für Deutschland, einer unliebsamen Oppositionspartei, und Sie benutzen das Geld, um Ihre Antifa-Vorfeldorganisation und Ihre Multikulti-Ideologie zu fördern. – Aber nicht mit uns, nicht mit der Alternative für Deutschland! Es gibt kein Recht auf Volksverrat. Wir lehnen Ihre Anträge ab.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Pardon, Herr Abgeordneter Maier, kommen Sie bitte zurück. Es war vorher hier nicht so zu sehen, aber es war rechtzeitig; es gibt eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege – – Nein, Kollege will ich ja nicht mehr sagen. Herr Mitabgeordneter, Sie sprechen von Diskriminierung von Deutschen, von Weißen, oder wie Sie das immer meinen. Dafür sind aber Sie die Spezialisten. Wer hat denn das alles angefangen? Das waren doch Sie!

Kolleginnen werden als Muttchen und "die Frauen am Herd" bezeichnet. Menschen werden diskriminiert. Sie diskriminieren vor allem gerne Frauen. Sie diskriminieren gerne Menschen, die Ihnen widersprechen. Die Kollegin Schorer-Dremel wird im Internet beschimpft.

Wenn es also um einen Spezialisten in Diskriminierung geht: Da können wir gleich den Bock zum Gärtner machen. Da sind Sie die Ersten, die da vorne dabei sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sprechen auch darüber, dass Querdenker äußerst schlecht behandelt werden. Ich bitte Sie, wenn einer mit Menschen schlecht umgeht und schlecht kommentiert, dann sind Sie die Könige im Schlechtbehandeln. Kehren Sie erst einmal vor Ihrer eigenen Haustüre, und kümmern Sie sich bitte erst dann um die anderen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön!

Christoph Maier (AfD): Frau Kollegin, ich weiß nicht, was Ihr Wortbeitrag überhaupt noch zur Diskussion beitragen sollte.

(Zuruf)

Ich habe jetzt wieder das Gefühl, dass Sie das Plenum benutzen, um Ihre Aufmerksamkeitsdefizite, die Sie möglicherweise anderswo genießen, auszugleichen.

(Zurufe)

Ich habe den Eindruck, dass Sie überhaupt nichts zu einer sinnvollen Debatte in diesem Haus beitragen.

(Zurufe)

Eigentlich beschimpfen Sie ständig nur die anderen. Das letzte Mal hat es unseren Fraktionsvorsitzenden, unsere Fraktionsvorsitzende und Frau Dr. Cyron getroffen. Dieses Mal trifft es uns pauschal, dass wir Leute diskriminieren würden.

Ich weiß auch gar nicht, wovon Sie gerade gesprochen haben. Ich kann nicht erkennen, dass die Alternative für Deutschland rechtswidrige Diskriminierungen in irgendeiner Art vornimmt.

(Zurufe)

Wenn wir etwas machen, unterscheiden wir strikt auf Faktenbasis, was wir gut und was wir schlecht finden. Das werden wir auch weiterhin tun und sauber ansprechen. Wie Sie damit umgehen, ist eher Ihr Problem.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Wolfgang Hauber von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu Anfang möchte ich betonen, dass ich vieles von dem, was der Kollege Florian Ritter und der Kollege Cemal Bozoglu hier vorgetragen haben, unterstützen kann. Den Dringlichkeitsanträgen, die Sie gestellt haben, werden wir allerdings nicht zustimmen. Ich will Ihnen auch erläutern, weshalb.

Der Landtag spricht sich entschieden gegen jegliche Form von Rassismus, Extremismus und Antisemitismus aus. Rassistische, extremistische und antisemitische Gewalt haben keinen Platz in unserer pluralen Gesellschaft.

[...]

Der Landtag begrüßt deshalb die seitens der Staatsregierung im Kampf gegen Rassismus, Extremismus und Antisemitismus ergriffenen präventiven und repressiven Maßnahmen und fordert die Staatsregierung [...] auf, diese konsequent fortzuführen und weiterzuentwickeln.

Ich glaube, das ist die Zusammenfassung dessen, was Sie in Ihren Dringlichkeitsanträgen formuliert haben. Diese Sätze stammen aber aus dem Dringlichkeitsantrag Drucksache 18/8333, den wir hier im Hohen Haus am 17.06.2020 beschlossen haben. Dieser Dringlichkeitsantrag war im letzten Jahr, als er beschlossen wurde, richtig, und er ist es heute noch.

Ich frage mich: Was war die Motivation für den heutigen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion? Die von Ihnen angeführte Ermordung von Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst vor 78 Jahren wird es wohl nicht gewesen sein, obwohl Sie das in Ihrem Dringlichkeitsantrag anführen. Auch der Jahrestag des feigen rassistischen Anschlags vor einem Jahr in Hanau/Hessen, den ich zutiefst verurteile, kann hier nicht als Begründung dienen. Der Bayerische Landtag und die Bayerische Staatsregierung müssen in erster Linie unsere bayerische Heimat im Blick haben.

Die einzig wirkliche Begründung kann in der im Jahre 2020 gestiegenen Anzahl von rechtsextremistischen Straftaten liegen. 200 Fälle mehr in Bayern sind besorgniserregend; da gebe ich Ihnen recht.

Die Analyse dieser Zahlen und Daten steht aber noch aus und wird uns mit dem Verfassungsschutzbericht bekannt gegeben werden. Oder wissen Sie schon, wie sich diese 200 Straftaten erklären lassen? Hat es vielleicht mit dem Kommunalwahlkampf im Jahr 2020 zu tun? Erfahrungsgemäß steigen in Wahlkampfbereichen die Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität. Hat es mit einem geänderten Anzeigeverhalten oder mit der intensiveren Ermittlungsarbeit unserer Strafverfolgungsbehörden zu tun?

Ich spreche mich grundsätzlich dafür aus, aufgrund von Zahlen, Daten und Fakten zu entscheiden. Genau dies haben wir der Staatsregierung mit dem Dringlichkeitsantrag

des letzten Sommers aufgetragen. Die Erstellung von Lagebildern ist eine Daueraufgabe der Polizei und des Verfassungsschutzes. Sie dient einzig und allein dem Zweck, angemessen auf Entwicklungen zu reagieren. Das ist professionelle Polizeiarbeit. Ich weiß, dass unsere bayerische Polizei und die Sicherheitsbehörden sehr professionell arbeiten, wofür ich ihnen ausdrücklich danke.

Eine Priorisierung im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorzunehmen, ist aus meiner Sicht falsch. Priorisieren muss ich, wenn ich nicht dazu in der Lage bin, alle wichtigen Aufgaben im erforderlichen Umfang auszuführen. Ich bestreite, dass dies in Bayern der Fall ist. Auch die anderen Punkte, die Sie aufgeführt haben, insbesondere die Forderung nach Gründung einer Landesstiftung zur Unterstützung von Opfern rassistischer und rechtsextremer Gewalt, sind falsch. Aus meiner Sicht soll jedes Gewaltopfer angemessen unterstützt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Rassismus und Rechtsextremismus dürfen in unserer Gesellschaft und unserem Land keinen Millimeter Platz haben. Sie haben zu viel Platz, wie die traurigen Anschläge in Hanau, aber auch in Halle gezeigt haben. Rassismus fängt auch nicht erst mit Gewalt an, sondern Rassismus beginnt dort, wo Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft oder ihrer Religionszugehörigkeit ausgegrenzt werden. Rassismus zu bekämpfen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Jeder von uns muss hinsehen, der Staat ganz besonders, und mit voller Kraft gegensteuern.

Das eigentliche Anliegen der Dringlichkeitsanträge unterstützen wir voll und ganz. Die Einzelheiten betreffend haben wir aber mit beiden Anträgen Schwierigkeiten; denn beim Antrag der SPD soll priorisiert werden, es wird jedoch nicht klar, wem gegenüber. Dann ist noch die Rede von einer weiteren Stiftung. Es gibt aber die "Stiftung Opferhil-

fe Bayern", die auch auf Initiative der FDP ins Leben gerufen wurde. Ich möchte nicht, dass verschiedene Stiftungen miteinander konkurrieren. Ich finde jede Art von Gewalt schrecklich. Ich denke nur an die Gewalt, wie sie zum Beispiel in Dresden stattgefunden hat, gegen ein homosexuelles Paar. Ich denke an Hass und Gewalt gegen Frauen, die in der Statistik noch gar nicht als Motiv auftauchen. Auch dies ist ein großes Thema.

Deswegen denke ich: Jedes Gewaltopfer braucht Entschädigung. Vor allem ist es, glaube ich, auch nicht immer möglich, klar zu sagen, welche Gewalt rechtsextremistisch motiviert war und welche nicht. Hier können große Ungerechtigkeiten entstehen. Wenn wir eine Stiftung zur Entschädigung von Opfern rechtsextremer Gewalt besonders zulasten der anderen Opferhilfe unterstützen, hätte dies zum Beispiel bedeutet, dass, wenn die Anschläge des NSU nicht aufgeklärt worden wären, die Opfer oder die Angehörigen vielleicht eine schlechtere Entschädigung erhalten hätten. Ich denke, wir müssen jedes Opfer von Gewalt bestmöglich entschädigen. Alle brauchen sie Beratung. Hier gibt es zum Beispiel auch die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus – BIGE – und die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz. Wichtig ist, dass hier etwas passiert, aber in diesem Bereich gibt es, denke ich, Strukturen. Wenn diese nicht genug greifen, müssen wir darüber reden, wie wir sie entsprechend stärken, damit jedes Opfer, gerade auch von rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt, unterstützt wird und entsprechende Beratung sowie finanzielle Unterstützung erhält.

Beim Antrag der GRÜNEN sehe ich ein paar andere Punkte: Sie sprechen hier zum Beispiel auch unter der Überschrift "Rechtsextremismus generell" von Bedrohungen gegen Politiker. Ich stelle tatsächlich in Frage, dass jede Bedrohung von Politikern unbedingt rechtsextremistisch motiviert sein muss. Sie fordern auch pauschal eine weitere Verschärfung des Waffenrechts. Natürlich dürfen Menschen, die sich zum Beispiel in rechtsextremen Vereinen engagieren, keinen Zugang zu Schusswaffen haben. Dies muss aber verhindert werden, indem die Waffenbehörde im Rahmen der Zuverlässig-

keitsprüfung beim Verfassungsschutz abfragen darf, ob die betreffende Person als Extremist bekannt ist. Eine pauschale Verschärfung des Waffenrechts halten wir im Zusammenhang mit Rechtsextremismus jedoch für nicht zielführend.

Darüber, festzustellen, dass der Staat und jeder Bürger mit voller Kraft gegen Rechts-
extremismus und Rassismus eintreten muss, sind sich alle demokratischen Parteien in der Tendenz einig. Nicht alle Maßnahmen in Ihren Anträgen sind aber unserer Ansicht nach en détail zielführend. Deswegen enthalten wir uns bei beiden Anträgen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Sandt. – Als Mitglied der Staatsregierung rufe ich nun Herrn Staatssekretär Gerhard Eck auf.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Beiträge werden nicht besser, weil sie wiederholt werden. Deshalb will ich zuallererst darauf verweisen, dass ich mich den Worten von Manfred Ländner inhaltlich voll anschließe. Ich unterstreiche dies dick und doppelt. Ich will an dieser Stelle auch Herrn Kollegen Hauber ansprechen. Auch dessen Worte und Sätze sind vollständig richtig. Wenn die Sache, die Situation und die Anträge, ich darf das so formulieren, nicht wirklich so ernst wären, könnte man über so manche hier vorgetragenen Wortbeiträge ein bisschen schmunzeln. Ich will dies höflich formulieren und mich deshalb beim Kollegen Ritter bedanken. – Herr Kollege Ritter, Sie haben Ihren Antrag mit Ihrem Wortbeitrag mehr oder weniger überflüssig gemacht, weil Sie deutlich zum Ausdruck gebracht haben, dass viel passiert ist und eigentlich alles, was menschenmöglich ist, getan worden ist, um hier eine Verbesserung herbeizuführen. Ich bedanke mich für diese klare und deutliche Aussage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb will ich auch feststellen: Die Staatsregierung und die hier handelnden Persönlichkeiten brauchen keinen Dringlichkeitsantrag. Auch was Form und Art des Antrags betrifft, der als Dringlichkeitsantrag gestellt wurde, ist mit Beispielen bezüglich dieser Opfersituation schon deutlich gemacht, dass es keines

Dringlichkeitsantrags bedarf, wenn man über einen Zeitraum von 10, 20, 30, 40, 50 oder 60 Jahren zurückblickt. Dies über einen Dringlichkeitsantrag in den Mittelpunkt zu rücken, ist schon ein Stück weit fragwürdig. Die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus hat für die Staatsregierung allerhöchste Priorität. Darauf muss niemand hinweisen. Umfangreiche Maßnahmen sind ergriffen worden. Ich habe es eingangs gesagt und werde dies jetzt nicht wiederholen. Ich will nur in aller Deutlichkeit sagen, dass man sich bei der Bekämpfung letztendlich immer wieder weiterentwickelt hat und auch die Maßnahmen zu gegebener Zeit immer wieder den Bedürfnissen angepasst hat.

Ich will zuletzt noch ansprechen, dass wir in Bezug auf eine Stiftung natürlich auch nicht im Defizit stehen. Es ist mir ein besonderes Anliegen, das ich unterstreichen darf: Manfred Ländner hat gesagt, Opfer erster und zweiter Ordnung oder auf verschiedenen Ebenen lassen wir nicht zu, sondern wir haben die Entschädigung von Opfern, von welcher Seite auch immer, gesetzlich geregelt. Diese Regelung gilt für alle Bürgerinnen und Bürger und Mitmenschen letztendlich gleichermaßen.

Aus den genannten Gründen möchte ich, indem ich die Beiträge von Herrn Ländner und Herrn Hauber unterstreiche, ganz herzlich darum bitten, dass diese Anträge abgelehnt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 18/13932 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der Herr Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/13960 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich? – Das sind die Fraktion der FDP sowie Frau Abgeordnete Annette Karl von der SPD. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.